



GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Umweltverbände kritisieren Hinhaltenaktik Deutschlands und anderer EU-Staaten bei nachhaltigerer Batterieherstellung

- Gemeinsam mit europäischen Umweltschutzverbänden fordern die Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch und PowerShift in offenem Brief schnelle Umsetzung der geplanten EU-Batterieverordnung
- Zentrales Problem bei Akkus: Über 90 Prozent der Akkus von Smartphones, Tablets und Laptops sind fest verbaut und verursachen dadurch hohe Reparaturkosten und enormen Rohstoffverbrauch für Neugeräte
- Verbände fordern neue Bundesumweltministerin Steffi Lemke auf, sich für mehr Tempo in den Verhandlungen und einen verantwortlichen Abbau von Batterierohstoffen einzusetzen

Berlin, 9.12.2021: In einem breiten Bündnis von 40 europäischen Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen fordern die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Germanwatch und PowerShift in einem offenen Brief die schnelle Umsetzung der geplanten EU-Batterieverordnung. Hintergrund ist der Versuch des Europäischen Rats, das Inkrafttreten von Vorgaben für eine nachhaltigere Herstellung und Gestaltung von Batterien um mehrere Jahre zu verzögern. Aus Sicht von DUH, Germanwatch und PowerShift muss die Verordnung wie geplant in Kraft treten und in entscheidenden Punkten nachgebessert werden. So rufen die drei Verbände die neue Bundesumweltministerin Steffi Lemke dazu auf, sich in den Verhandlungen zur EU-Batterieverordnung für mehr Kreislaufführung, einfach austauschbare Batterien sowie einen verantwortlichen Rohstoffabbau einzusetzen.

„Wiederverwendung und Recycling von Batterien sind das beste Mittel, um den umweltschädlichen Abbau von Batterierohstoffen zu vermeiden. Genau dies wird jedoch erschwert, wenn die Batterien in Elektrogeräten, E-Scootern und E-Bikes fest verbaut sind. So verteuern die Hersteller die Reparatur und befördern den Neukauf: Einwandfreie Geräte werden zu Elektroschrott, obwohl nur der Akku ausgetauscht werden müsste. Umweltministerin Steffi Lemke muss dem Umweltausschuss des EU-Parlaments bei den Verhandlungen zur EU-Batterieverordnung zur Seite stehen und sicherstellen, dass Batterien in Elektrogeräten und leichten Transportmitteln auch für die Nutzer einfach austauschbar sind“, fordert Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH.

Eine aktuelle Studie zur Austauschbarkeit und Reparierbarkeit von Batterien zeigt, dass in mittlerweile über 90 Prozent der tragbaren Elektrogeräte, wie etwa Smartphones und Laptops, die Akkus fest verbaut oder verklebt sind. Dies führt zu deutlich höheren Reparaturkosten und vielfach zu einem vorzeitigen Geräteaustausch, obwohl lediglich die Leistung des Akkus abgenommen hat.

Neben einer konsequenten Wiederverwendung, der Reparatur und dem Recycling von Batterien fordern DUH, Germanwatch und PowerShift auch die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzstandards bei der Ressourcengewinnung. Nach Einschätzung der Verbände reichen die in der EU-Batterieverordnung vorgesehenen Maßnahmen bisher nicht aus, um den Schutz von Ökosystemen und Menschenrechten beim Abbau von Rohstoffen sicherzustellen.

„Es ist gut, dass die EU-Batterieverordnung erstmals auch menschenrechtliche und ökologische Anforderungen an den Abbau von Rohstoffen für Batterien stellt. Doch es ist nicht nachvollziehbar, warum Akkus für E-Räder oder E-Roller ausgenommen sind - einem Segment mit steigendem Rohstoffbedarf. Die Anforderungen müssen für alle Batterietypen gelten und ihre Einführung darf nicht noch einmal drei Jahre nach hinten verschoben werden“, sagt Johanna Sydow, Rohstoffexpertin bei Germanwatch.

„Eisen, Aluminium und Kupfer sind mengenmäßig wichtige Bestandteile der Batterie im E-Auto. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass diese Rohstoffe in die EU-Batterieverordnung aufgenommen werden. So führt der Kupferabbau in Ecuador zur Rodung von Regenwäldern und der Abbau des für die Aluminiumgewinnung benötigten Bauxits in Guinea zur Vertreibung der Menschen von ihrem Land. Nachhaltige Batterien in Europa wird es ohne Einbezug dieser Rohstoffe nicht geben“, so Michael Reckordt, Leiter der Abteilung Rohstoffpolitik bei PowerShift.

Links:

Offener Brief der Umweltverbände für eine schnelle Umsetzung der EU-Batterieverordnung: <https://www.transportenvironment.org/discover/te-amnesty-and-39-other-ngos-warn-against-delays-to-sustainable-battery-rules/>

Aktuelle Studie sowie offener Brief von Wirtschafts- und Umweltorganisationen für einfach austauschbare und reparierbare Batterien: https://eeb.org/wp-content/uploads/2021/12/Joint-statement_Battery-repair-and-replaceability.pdf

DUH-Stellungnahme zur geplanten EU-Batterieverordnung sowie weiterführende Informationen zu Batterien: <https://www.duh.de/projekte/batterien/>

Forderungspapier zu Batterien von Germanwatch, PowerShift und anderen Nichtregierungsorganisationen: <https://www.germanwatch.org/de/20973>

Informationen zu Batterien von Powershift: <https://power-shift.de/batterien>

Kontakte:

Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin DUH
0170 7686923, metz@duh.de

Philipp Sommer, Stellvertretender Leiter Kreislaufwirtschaft DUH
0151 74463368, sommer@duh.de

Johanna Sydow, Referentin für Ressourcenpolitik Germanwatch
030 577132891, sydow@germanwatch.org

Stefan Küper, Pressesprecher Germanwatch
0151 252 110 72, presse@germanwatch.org

Michael Reckordt, Leiter Abteilung Rohstoffpolitik PowerShift
0163 633 63 72, michael.reckordt@power-shift.de

DUH-Newsroom:

030 2400867-20, presse@duh.de

www.duh.de, www.twitter.com/umwelthilfe, www.facebook.com/umwelthilfe,
www.instagram.com/umwelthilfe, www.linkedin.com/company/umwelthilfe